

2010-11-03

Stadt Dessau-Roßlau

Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040



Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates am 29.09.2010

Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:50 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal des Rathauses Dessau
Leitung der Sitzung: Herr Dr. Exner Stadtratsvorsitzender
Herr Hoffmann 1. Stellvertreter
Frau Storz 2. Stellvertreterin

Anwesend: **Soll: 49** **Ist: 37**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Glathe, Otto

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Stabbert-Kühl, Sabine

Unentschuldigt

Fraktion der SPD

Dreibrodt, Hans-Peter

Eichelberg, Ingolf

Hartmann, Robert

Laue, Harald

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Schmidt, Holger Prof. Dr.

Weber, Ralf-Peter Dr.

Fraktion der FDP

Bähr, Manfred

Neubert, Jürgen Dr.

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Mitglied CDU

Lohde, Jacqueline

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Dr. Exner, eröffnet. Er stellte die ordnungsgemäße Ladung des Gremiums sowie dessen Beschlussfähigkeit mit derzeit 32 Stadträten und dem Oberbürgermeister fest.

Des Weiteren gab er den Hinweis, dass zur heutigen Sitzung Kinder hinter den Kameras des Offenen Kanals stehen, welche im Projekt „Kinder erfragen Demokratie“ arbeiten. Die Sitzung wird wiederum vom Offenen Kanal dokumentiert.

2. Verpflichtungserklärung der Stadträtin Karin Dammann und des Stadtrates Roland Gebhardt entsprechend § 51 Abs. 2 der Gemeindeordnung

Die neu im Stadtrat arbeitenden Mitglieder

Frau Karin Dammann, nunmehr Stadträtin in der FDP-Fraktion, und
Herr Roland Gebhardt, nun Stadtrat in der CDU-Fraktion,
gaben Ihre Verpflichtungserklärung entsprechend § 51 der Gemeindeordnung ab.

3. Beschlussfassung der Tagesordnung

Die Beschlussvorlage „Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 151 "Revitalisierung Gasviertel", 1. Änderung“ (TOP 9.17) wurde seitens der Verwaltung, Herrn Hantusch, zurückgezogen.

Die Tagesordnung in der geänderten Form (ohne TOP 9.17) wurde einstimmig angenommen.

4. Genehmigung der Niederschrift vom 23.06.2010

Die Niederschrift wurde einstimmig genehmigt.

5. Berichte des Oberbürgermeisters

5.1. Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Ziel der **Konsolidierung** kann nur gemeinsam im Schulterschluss von Stadtrat und Verwaltung geschaffen werden, legte **Herr OB Koschig** eingangs seines Berichtes dar. Wir haben eine ganze Reihe von Besprechungen hinter uns gebracht und Ziel ist es nun, den **Haushaltsplan 2010** sowie das überarbeitete Haushaltskonsolidierungskonzept in der nächsten Sitzung, am 27. Oktober im Stadtrat zu behandeln. Herr Koschig habe die Hoffnung, ihn auch hier beschließen zu können.

Derzeit werde im Ergebnis der gemeinsamen Beratungen nach der Sommerpause mit Hochdruck das Haushaltskonsolidierungskonzept überarbeitet. Am 13. Oktober, in der nächsten Sitzung des Hauptausschusses, sollen dann die Änderungslisten zur Haushaltskonsolidierung ausgereicht werden. Analog werden die Mitglieder des Finanzausschusses informiert. Es besteht dann die Möglichkeit einer HH-Ausschusssitzung am 19. Oktober. Sollte es dann gelingen, am 27. Oktober den Haushalt 2010 zu beschließen, könnten wir den 2011er Haushalt noch in diesem Jahr ausreichen und evtl. sogar noch in diesem Jahr bestätigen. Auf jeden Fall werde am kommenden Montag in der Dienstberatung des OB der Verwaltungshaushalt und der Vermögenshaushalt fein besprochen. Voraussetzung ist aber die Beschlussfassung des 2010er Haushaltes und vor allem auch des Haushaltskonsolidierungskonzeptes, welches dann gleich für den 2011er Haushalt mit gilt.

In seinem Bericht fortfahrend, erinnerte Herr OB Koschig an den Dauerregen des vergangenen Wochenendes. In **Ergänzung zum Hochwasserbericht**, welcher bereits den Fraktionen zugereicht worden war, informierte Herr Koschig über den Einsatz der Wehren und die Hochwassergefahr.

Der seit dem 25. bis etwa Mitternacht des 28. September anhaltende Dauerregen führte insbesondere in den späten Nachmittags- und Abendstunden des 27. September zu erheblichen Problemen mit ansteigenden und aufstauenden Wasserständen in verschiedenen Stadtteilen. Schwerpunkte bildeten die Stadtteile Alten, Kochstedt und Mösigkau. Hier trat vielerorts aufsteigendes Wasser in Kellern auf, ebenfalls in der Altstadt von Roßlau. Die Regenwasserkanalisation konnte die Wassermassen z. T. nicht aufnehmen und es kam zu lokalen Überströmungen, Überflutungen in der Lichtenauer Straße, Am Hanfgarten, am Prödelweg, Prödelteich und anderen Straßen. In den Nachmittagsstunden des 27.9. wurden die ersten Sandsäcke im Katastrophenschutzlager befüllt. Insgesamt wurden etwa 3000 Sandsäcke zum Schutz vor einströmendem Wasser an Gebäuden verbaut.

Das im vergangenen Jahr beschaffte mobile Schlauchsystem für den Hochwasserschutz wurde in einer Gesamtlänge von ca. 100 m zum ersten Mal und erfolgreich eingesetzt. Neben unserer Berufsfeuerwehr, 9 freiwilligen Feuerwehren und dem THW kamen insgesamt etwa 65 Kräfte an 37 Einsatzstellen zum Einsatz.

Die rasanten Anstiege in den Nebenflüssen von Elbe und Mulde und fortsetzend in den Hauptströmen führten dazu, dass für die Mulde die Alarmstufen I und II ausgerufen wurden, am 29. September erfolgte für die Elbe die Ausrufung der Alarmstufe I. Hier wird allerdings nach Prognosen nicht mehr mit dem Erreichen der Alarmstufe II gerechnet. Die Benachrichtigungen erfolgten entsprechend des Benachrichtigungsplanes.

Die veranlassten Deichkontrollen ergaben zum Teil kleinere Beanstandungen, zu deren Beseitigung der LHW informiert wurde. Alle verfügbaren fest installierten Pumpen der DESWA und des Tiefbauamtes liefen an den Kapazitätsgrenzen. Die Deichbaumaßnahme am Kleutscher Deich war aufgrund der Vernässung vorübergehend eingestellt, seit heute läuft die Maßnahme wieder weiter.

Zwischenzeitlich hat der Hochwasserscheitel der Mulde den Pegel Bad Düben durchlaufen, er wird den Bereich von Dessau-Roßlau in den morgigen Vormittagsstunden erreichen. Da der Hochwasserscheitel in Bad Düben etwa 6,50 m erreichte und die ver-

fügbaren Überflutungsflächen und Vorfluter völlig gesättigt sind, ist mit einem Überströmen der Straße zwischen Wasserstadt und Jonitzer Brücke zu rechnen. Vorsorglich wird die Straßensperrung heute gegen 20.00 Uhr aktiviert, zeitgleich erfolgt die Straßensperrung Waldersee/Vockerode. Damit verbunden müssen die Deichscharten an der Wasserstadt und der Schwedenfahrt geschlossen werden. Das Schulverwaltungsamt und die Busunternehmen sind von der Straßensperrung informiert. Diesen Berichtsteil abschließend, dankte Herr Koschig allen, die an den Einsätzen beteiligt waren, für ihren Einsatz und ihr Engagement.

Vom **2. bis 4. Juli fand unser 7. Leopoldsfest** und vom 26. bis 29. August das 19. Heimat- und Schifferfest in Roßlau statt. Wieder zeigten die Veranstalter ein buntes und ausgewogenes Programm und zogen viele Besucher aus Nah und Fern an. War es in Dessau die Hitze, so stöhnte in Roßlau alles unter dem Regen, der erst zum Festumzug nachließ. Der Oberbürgermeister dankte den beiden Veranstaltern, dem Verein zur Förderung der Stadtkultur und dem Förderverein Schifferstadt Roßlau.

Am 7. August fand der **Gartenreichtag** ebenfalls mit vielfältigen Veranstaltungen im Georgium, in der Anhaltischen Gemäldegalerie, an der Wallwitzburg statt.

Besonders erfreut sei man über die Aufstellung des wieder hergestellten Appollino vor dem Schloss Georgium. Es ist geplant, noch in diesem Jahr auch die durch den Orkan Kyrill in der Nacht 18. zum 19. Januar 2007 zerstörte Venus von Medici aufzustellen, damit das Erscheinungsbild wieder komplett ist.

Auf das **13. Farbfest Grün** zurückblickend berichtete Herr Koschig über das Kunstprojekt Aeroflorales II "Expédition Végétale", welches in kurzer Zeit Fantastisches bewirkte.

Nach erfolgreicher „Landung“ ist es die Expedition mit ihren Experimenten an sich, die auf dem Marktplatz eine unwahrscheinliche Energie entwickelt hat. Sie hat Dessauer und Gäste in Bewegung gebracht, sie hat Gäste und Besucher der Stadt für 4 Tage auf die Zerbster Straße gelockt und diese wahrhaft lebendig werden lassen. Eine Art andauernder Flashmob!

Egal ob es nun geflogen ist oder nicht, das Kunstprojekt Aeroflorale II aus Nantes hat den Marktplatz und die Stadt belebt, aus der bisherigen Festachse Bauhaus/Hochschule Anhalt und Theater ein Dreieck gemacht, das mit seinen Aktionen damit auch die Innenstadt ein Stück weit verzauberte.

Dessau-Roßlau hat am Sonnabend das 13. Farbfest gefeiert. Viele der Gäste an diesem Tag begannen ihre „Grüne“ Tour auf dem Dessauer Marktplatz mit der „Expédition Végétale“, um dann zum Anhaltischen Theater weiter zu ziehen. Dort verweilten tausende Besucher beim Open-Air des Anhaltischen Theaters zur alljährlichen Saisoneroöffnung! "Es grünt so grün", so leitete das Programm dann zum Festumzug über. Angeführt von der Jugendbigband Anhalt, vorbei an der erstmals mit veranstaltenden Hochschule ANHALT, hin zum Bauhaus.

Die **Auftragsvergabe für die Anlegestelle** am Kornhaus (Tiefbauarbeiten) erfolgte in zwei Losen (Los 1 Fundamente und Oberflächenbefestigung, Los 2 Pontonbrücke Druckstreben). Die erforderliche Ausführung der Fundamente und Oberflächenbefestigung kann aufgrund des hohen Wasserstandes der Elbe zurzeit nicht erfolgen. Mit dem

Baubeginn kann unverzüglich begonnen werden, wenn der Wasserstand auf den erforderlichen Pegel von ca. 1,00 m gesunken ist (heutiger Pegel der Elbe 4,10 m).

Sport:

Die erste große internationale Veranstaltung nach der Sommerpause war vor wenigen Tagen das **Volleyball-Länderspiel der Männer zwischen Deutschland und Russland**. Es war das 16. Volleyball-Länderspiel in Dessau bzw. Dessau-Roßlau seit 1995.

Die deutsche Mannschaft verlor in einem hochklassigen Länderspiel gegen die Weltklassemannschaft von Russland, die im Moment in der Weltrangliste auf Nummer 2 steht, vor einer großartigen Kulisse von 2.355 Zuschauern mit 1:3.

Die deutsche Mannschaft absolvierte in unserer Stadt ein 8-tägiges Trainingslager und bereitete sich hier auf die Weltmeisterschaften im September in Italien vor.

Auch der Verbandstag des Volleyball-Verbandes Sachsen-Anhalt sowie die Feierstunde zum 20-jährigen Bestehen des Volleyball-Verbandes fanden am 4. September in Dessau-Roßlau statt.

Am Sonntag, 12. September 2010 fand zum 12. Mal der **avendi City-Lauf**, als die größte Breitensportveranstaltung der Stadt Dessau-Roßlau in der Region, statt. An den fünf Läufen nahmen insgesamt 1.612 Läufer teil, dies ist eine sehr hohe Beteiligung im Verhältnis zur Größe der Stadt Dessau-Roßlau. Bei strahlendem Sonnenschein und sommerlichen Temperaturen waren auch insgesamt ca. 3.000 Zuschauer im Verlaufe des Tages im Start- und Zielbereich. Viele Dessau-Roßlauer Schulen waren mit zum Teil über 200 Schülern aktiv dabei.

Das **neue Schuljahr** konnte an allen Schulstandorten unserer Stadt planmäßig begonnen werden. Die Schülerbeförderung lief reibungslos. Einzelfragen wurden sofort unbürokratisch gelöst. An den Grundschulen und Förderschulen wurden 545 Schulanfänger eingeschult.

Zu Beginn des neuen Schuljahres konnten die Grundschule in Kochstedt und der Hort am neuen Schulstandort den Schulbetrieb aufnehmen. Am 8. September 2010 führten Schule und Hort einen Tag der offenen Tür durch. Der Sozialdezernent und der Oberbürgermeister statteten der Schule einen Besuch ab. Symbolisch wurde der Schulleiterin ein Schlüssel für dieses neue Schulobjekt übergeben.

Ab 1.10.2010 gibt es eine personelle Verstärkung der **Geschäftsstelle ANHALT 800** durch die Projektkoordinatorin, Frau Maren Springer, und die Projektassistentin, Frau Annette Frauendienst (vorerst befristet bis 30.11.2011).

Lenkungsgruppe für das Anhaltjubiläum trifft sich am 5. Oktober. Leider ist das Land nicht bereit, ein Anhalt-Budget zu bewilligen, wie es bei der Luther-Dekade der Fall ist.

Wir stehen kurz vor der Beendigung der **Internationalen Bauausstellung** Stadtumbau Sachsen-Anhalt. Am 28. August hat unsere Stadt noch einmal ein großes Stadtumbaufest veranstaltet mit einer Radtour. Entlang des Roten Fadens zwischen Innenstadt und dem neuen Landschaftszug gab es viele Aktionen. Der offizielle Schluss für unsere Stadt findet dann am 17. Oktober ab 11.00 Uhr statt.

Vom 28. bis 30. Juli besuchte uns eine offizielle Delegation aus der **Partnerstadt** Argenteuil. Wir konnten eine Belebung und Vertiefung der partnerschaftlichen Beziehungen vereinbaren. Herr OB Koschig wird am 3. Oktober in Ibbenbüren die Festrede anlässlich des 20. Jahrestages halten.

Im August fand in unserer Stadt das **Eurocamp** statt. Etwa 80 Jugendliche aus 35 Ländern beteiligten sich an verschiedenen Projekten, wie Interkultureller Garten, Stadtpark, Jüdischer Friedhof.

Sehr gut besucht und mit 30 Ausstellern auch sehr gut ausgestattet, führten wir im September die zweite **Messe Soziale Stadt** in der Marienkirche durch.

Gestern fand die **10. Existenzgründerbörse und Jungunternehmermesse** im TGZ statt, welche ebenfalls gut besucht war.

Am 22. September wurde der **Umweltpreis** der Stadt Dessau-Roßlau verliehen, Preisträger sind in diesem Jahr

1. Die Integrative Kindertagesstätte „Buratino“ in Dessau-Roßlau wird für herausragende Leistungen in der Umweltbildung ausgezeichnet.
2. Der Förder- und Landschaftspflegeverein Biosphärenreservat „Mittelelbe“ e.V. wird für herausragende Leistungen beim Arten- und Biotopschutz ausgezeichnet.

Herr Junkers, Enkel von Prof. Hugo Junkers, hat am gleichen Tag dem Stadtarchiv, dem Landeshauptarchiv und dem Technikmuseum das **Archivgut** des ehemaligen **Gasgerätekwerkes** übergeben.

Zum **Stand der Baumaßnahmen** verwies Herr OB Koschig auf die Handreichung.

In seinem Bericht fortfahrend, erklärte **Herr Oberbürgermeister Koschig**, in letzter Zeit gab es mehrere Berichte über den Bau eines Bauhausmuseums in Weimar und die Bemühungen von Stiftung und Stadt, in Dessau-Roßlau ein Bauhausmuseum zu errichten.

In Kürze werden wir uns mit dem Projekt Besucher- und Ausstellungszentrum beschäftigen. Um die entstandenen Brüche zwischen den Stiftungen zu moderieren, um uns über gemeinsame Vermarktungen und Veranstaltungen im Rahmen einer Bauhausdekade abzustimmen, habe Herr Koschig auf der letzten Tagung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages mit seinem Weimarer Kollegen für heute einen Besuch in der Goethe- und Schiller-Stadt vereinbart. Oberbürgermeister Wolf war nun aber gestern selbst in unsere Stadt gekommen und wir konnten Missverständnisse ausräumen. Es wird zum Beispiel keinen Nachbau der Dessauer Bauhausbühne geben u. v. a. m. Des Weiteren wurden Gespräche und Verhandlungen auch gemeinsam mit den Stiftungen, der Klassikstiftung Weimar und der Stiftung Bauhaus Dessau, vereinbart. Dabei soll ein gemeinsamer Rahmenplan für die Bauhausdekade und ein gemeinsames touristisches Vermarktungskonzept besprochen und vereinbart werden. Ziel ist, im nächsten Jahr einen Kooperationsvertrag zwischen Weimar und Dessau-Roßlau und den beiden Stiftungen abzuschließen.

Für Rückfragen stehe er gern zur Verfügung, erklärte Herr Koschig und wünschte der Sitzung weiterhin einen erfolgreichen Verlauf.

5.2. Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

In der letzten Sitzung des Stadtrates wurde die Einreichung einer Verfassungsklage beschlossen.

6. Einwohnerfragestunde - Beginn ca. 16.30 Uhr

Frau Bahn-Kunze (*Anschrift ist dem Büro des Stadtrates nicht bekannt*) fragte im Namen der Bürger der Hagenbreite: Wie lange müssen die Bewohner der Hagenbreite noch mit dem katastrophalen Straßenzustand leben?

Der ausführliche Text wurde der Verwaltung übergeben und **Herr OB Koschig** berichtete, dass sich auch Bürger der Hagenbreite direkt an ihn gewandt haben und er sie zu einem Gespräch einladen werde. Natürlich können keine Zusagen gemacht werden, dennoch bleibe man an dem Problem dran.

Herr Horst Lingner, Lutherstraße 31, bat, dass seine Fragen konkret vom Oberbürgermeister beantwortet werden. Im Hinblick auf den kommenden Winter erinnerte er Herrn Koschig an dessen Zusage, dass die **Winterdienstsatzung** überarbeitet wird. Hier sei aber noch nichts getan. Die derzeitige Satzung zeige erhebliche Mängel.

Herr Koschig bestätigte, dass die Winterdiensteinsätze ausgewertet wurden. Zum Stand der Überarbeitung der Satzung könne er heute nichts sagen, da hier der Eigenbetrieb federführend ist. **Herr Beigeordneter Hantusch** ergänzte, man befinde sich z. Z. im Stadium der Abstimmung zwischen Verwaltung und Eigenbetrieb. Nach dem Einwurf von Herrn Lingner, er habe die Aussage erhalten, dass die alte Satzung von 2009 immer noch gültig sei, verwies Herr OB Koschig darauf, solange keine neue Satzung beschlossen wurde, sei die alte Satzung gültig.

Des Weiteren übergab **Herr Lingner** an den OB zwei **Fotos vom Lutherplatz** und verwies auf das dortige Sauberkeits- und Rattenproblem. Eine weitere Anfrage von Herrn Lingner bezog sich auf eine Veröffentlichung in der MZ zu Neueinstellungen in der Stadtverwaltung. Er stelle die Frage, ob man diese nicht aus den schon angestellten 1600 rekrutieren konnte.

Dies ging auf eine Vorlage von Fraktionen des Stadtrates zurück, erwiderte **Herr Oberbürgermeister Koschig**. Im letzten Haupt- und Personalausschuss sei darüber ausführlich informiert worden. Zum Teil waren die Aussagen in der Vorlage nicht korrekt. Man arbeite derzeit an einem sehr großen Personalabbaukonzept. Im Personalentwicklungskonzept stehe aber auch, dass wir nach wie vor Stellen neu besetzen müssen. Aber eine der auch in der Zeitung zitierten Stelle war lokales Kapital, eine befristete Einstellung für ein reichliches Jahr. Diese Maßnahme ist längst abgelaufen. Es würde jetzt zu weit führen, detailliert auf das Ganze einzugehen. Es wäre vielleicht richtig gewesen, über die sehr ausführliche Diskussion im Haupt- und Personalausschuss zu berichten.

Zur letzten Problematik erbat Herr Lingner eine schriftliche Beantwortung, welche Herr OB Koschig zusagte.

Herr Dr. Huckestein (*Anschrift ist dem Büro des Stadtrates nicht bekannt*) richtete sich an den Vorsitzenden des Bauausschusses und den Beigeordneten für Wirtschaft und Stadtentwicklung bezüglich der Eröffnung von zwei verschiedenen Planfeststellungsverfahren für die sog. **Nordumgehung**, die aus zwei getrennten Bauabschnitten besteht. Nach § 6 des VwVerfG von Sachsen-Anhalt ist für ein zusammenhängendes Projekt wie die Nordumgehung nur ein Planfeststellungsverfahren vorgesehen.

- Ist die Stadt willens und auch finanziell in der Lage, den nördlichen Teil der Ostrandstraße zwischen Waggonbau und Friedrichsgarten zu realisieren, wenn der Teil in der Wasserstadt einschließlich zweiter Muldbrücke aus welchen Gründen auch immer nicht realisiert werden kann?
- Sind die Mehrkosten, die mit verschiedenen Planfeststellungsverfahren verbunden sind, angesichts der Konsolidierungsbemühungen gerechtfertigt? Wie hoch sind diese Mehrkosten?
- Sich auf die Friedensbrücke beziehend, die nach Aussagen des Tiefbauamtes die Schadensklasse IV hat, welche sofortige Sanierungsmaßnahmen erfordert, merkte Herr Dr. Huckestein an, dass diese tatsächlich aber erst bis zur Fertigstellung der Nordumgehung erfolgen sollen. Soll dieser akute Handlungsbedarf noch über Jahre hinweg verschoben werden?
- Ist die Stadt bereit, auch vor Fertigstellung der Nordumgehung oder Ostrandstraße Maßnahmen zu ergreifen zur Entlastung der Bürger in Dessau-Nord und der Anwohner der Karlstraße und Schlachthofstraße vom Durchgangsverkehr? Vorschläge hierzu gibt es. Die Bürgerinitiative „Dessau natürlich mobil“ ist auch bereit, zusammen mit der Stadt diese zu diskutieren. Ist die Stadt dazu bereit, auch unabhängig von der Durchführung Ostrandstraße diese Maßnahmen zu diskutieren?

Herr Beigeordneter Hantusch verwies auf die Komplexität der Fragen und sagte eine schriftliche Beantwortung zu. Das Gesprächsangebot zu der Initiative bestehe unabhängig davon weiter.

Herr Jörn Lindmeier(?), (*Anschrift ist dem Büro des Stadtrates nicht bekannt*) Stadtplaner, Verkehrsplaner, Lärmgutachter und Anwohner der Albrechtstraße, legte dar, er habe eine Stellungnahme zu den ausliegenden Plänen zum Rückbau der Albrechtstraße geschrieben und am 21.09. einen Brief bekommen, dass man sich mit dieser Stellungnahme beschäftigen würde. Am 23.09. fasste der Bauausschuss zu den Plänen einen Beschluss, ohne Kenntnisnahme seiner Hinweise. Unabhängig von der inhaltlichen Frage, fragte Herr Lindmeier, wo man den Sinn einer Bürgerbeteiligung sehe, wenn das Ergebnis nicht in die Beschlussfassung einfließen kann. Es gehe nicht darum, welche Farbe das Pflaster der Straße haben soll, sondern um einige grundlegende Dinge und Informationen.

Herr Beigeordneter Hantusch erklärte, das Thema auch im letzten Bauausschuss behandelt zu haben, da dort ebenfalls die Anfrage kam. Man habe die Eingabe von Herrn Lindmeier vollumfänglich in die Abwägung mit einbezogen. Herr Hantusch bat um Entschuldigung, dass er bis heute keine Antwort erhalten hat. Sie wird umgehend schriftlich

nachgereicht. Auf Nachfrage von **Herrn Lindmeier**, in welcher Form die Vorschläge oder Änderungen den Mitgliedern des Bauausschusses aus den Fraktionen mitgeteilt wurde, entgegnete Herr Hantusch, dies sei mündlich erfolgt.

Ergänzend fügte **Herr Schöнемann als Vorsitzender des Bauausschusses** an, dass Herr Lindmeier das Protokoll des Ausschusses erhalten werde, in dem die Detailfragen erörtert wurden. Nach der Bestätigung des Protokolls in der nächsten Sitzung des Ausschusses werde man sich mit Herrn Lindmeier nochmals in Verbindung setzen.

Herr Ginzkey, Alte Leipziger Straße 13, 06849 Dessau-Roßlau, sprach in seiner Wortmeldung folgende Themen an:

- Er verwies auf erneuerbare Energien und erinnerte daran, dass der OB im Frühjahr die Genehmigung zu einer Wasserkraftnutzung vorgelesen hatte. Bereits 1999 hatte Herr Ginzkey vom damaligen OB, Herrn Otto, ein Schreiben auf seine Anfrage betreffs Einbau von zwei Turbinen erhalten. Hierin hatte Herr Kleinschmidt ausgerechnet, wieviel Energie dort zu erwarten ist und welches Investitionsaufwandes es bedarf. Nunmehr frage Herr Ginzkey an, wie weit dies gediehen ist. Nach dem Vorbild der Initiativen von Herrn Tobler zum neuen Wasserturm könnten Initiativen seitens Prof. Dr. Schmidt und Herrn Giese-Rehm sowie der Fraktion Pro Dessau ins Leben gerufen werden, um Energien aus der Mulde zu gewinnen.
- Weiterhin bezog er sich auf Reklame in der Bahnhofsvorhalle. Wie Herr OB auch wisse, wollte Herr Ginzkey, dass an die Aufzugshäuser Reklame für Junkers und das Bauhaus und Gropius kommt, was nichts wurde. Daraufhin habe er Herrn Minister Daehre angeschrieben, der sich über seine Vorschläge erfreut gezeigt hat. Bei seinem Besuch im Hauptbahnhof habe Herr Ginzkey nun das Bild von Herrn Andreas Mann gesehen und mahnte an, dass dort doch eines von Herrn Junkers an die nördliche Giebelwand gebracht werden könnte.
(Seitens des Stadtratsvorsitzenden wurde Herr Ginzkey wiederholt gemahnt, zu seiner Fragestellung zu kommen.)
Herr Ginzkey fragte, wo nun Reklame für Bauhaus und Junkers im Bahnhof gemacht wird, da das Geld doch da sein müsste, was Herr Tiefensee gebracht hatte.

Zur letzten Nachfrage bestätigte **Herr Oberbürgermeister Koschig**, dass Herr Tiefensee der Stadt einen Scheck überreicht hat, der für Welterbestätten gedacht sei, wozu aber der Bahnhof leider nicht gehört.

- In seiner dritten Fragestellung ging es **Herrn Ginzkey** nochmals um den Block Heidestraße 236, 238, 240 und mahnte Herrn Hantusch an, dass man hier noch nicht weiter gekommen sei. Der Block gehört einem Kroaten, der in Porst wohnt und nicht sieht, wie es dort aussieht. Was wurde getan, um Abhilfe zu schaffen?

Seitens der Verwaltung wurde die schriftliche Beantwortung zugesagt.

- Die vierte Frage bezog sich auf die Rundbogenhalle bei Junkalor. Da hier eine Umsetzung geplant ist, wies er darauf hin, dass die Träger nunmehr zu rosten beginnen, da sie der Witterung ausgesetzt sind. Was wird hier getan, wird eine provisorische Dachhaut angebracht?

Zur Frage Rundbogenhalle erklärte **Herr Beigeordneter Hantusch**, dass überlegt werde, noch vor dem Winter die Demontage zu veranlassen oder sie winterfest zu machen.

Herr Peter Fischer, Bauhofstraße 5, 06842 Dessau-Roßlau, von der Arbeitsgruppe Biberschutz fragte nach, ob die Ergebnisse der Verträglichkeitsprüfung bereits vorliegen, wenn ja, seit wann und bekommt man als NABO die Möglichkeit, sie einzusehen. Wenn nicht, beschließt die Stadt etwas, wo sie noch nicht weiß, welche Kosten auf sie zukommt durch Ausgleichsmaßnahmen. Auf Nachfrage von **Herrn Hantusch**, bestätigte Herr Fischer, dass es um den Bereich Ostrandstraße geht. Herr Hantusch sagte die schriftliche Beantwortung zu.

Der Tagesordnungspunkt Einwohnerfragestunde wurde geschlossen.

7. Öffentliche Anfragen und Informationen

Frau Storz, Fraktion der SPD, fragte öffentlich im Stadtrat an, da ihre zweimalige Anfrage im Rechnungsprüfungs- und im Finanzausschuss bisher nicht beantwortet wurde. Sie möchte gern die aktuelle Höhe der Kasseneinnahmereste 2010 wissen. Die zweite Frage bezieht sich auf die Personalkosten, bei denen Frau Storz wissen möchte, wie hoch diese aktuell für das Jahr 2010 angefallen sind.

In ihrer dritten Frage bat Frau Storz um Aussage, ob es richtig ist, dass wir mit dem Haushaltskonsolidierungskonzept für den Haushalt 2010 eine weitere Erhöhung um 10 Punkte beschließen für den Hebesatz der Grundsteuer B und für den Gewerbesteuerhebesatz? Oder ist es so, wie sie gehört habe, dass die Vorlage 9000/3 als Prüfauftrag zurückgezogen wurde?

Wie bereits im Rechnungsprüfungs- und auch im Finanzausschuss dargelegt, wäre die stichtagsbezogene Aussage zu den Kasseneinnahmeresten nicht belastbar, legte **Frau Beigeordnete Nußbeck** dar, weil sie unterjährig Schwankungen unterliegen. Es gebe vier Zahlungstermine bspw. bei Steuern, weshalb empfohlen wurde, den Stichtag des Jahresendes zu nehmen. Die von Frau Storz gewünschte Zahl könne selbstverständlich genannt und zugereicht werden, sie habe aber unterjährig keine Aussagekraft, betonte Frau Nußbeck ausdrücklich.

Die Zahlen zu den Personalkosten werden ebenfalls zugereicht, wobei Frau Nußbeck um Konkretisierung des Stichtages (30.9. oder Jahresende) bat. Frau Storz bestätigte, sie wünsche die Angaben per 30.09., um die Schätzung zum 31.12. vornehmen zu können. Wenn die Zahl des vorauss. Ist 2010 hinzugefügt werden könnte, wäre dies hilfreich.

In die nächste Stadtratssitzung werde die Verwaltung eine Vorlage zur Festsetzung der Hebesätze für 2011 einbringen, informierte **Frau Nußbeck** weiter. Die Hebesätze werden nur jährlich festgesetzt, weshalb dies nun erfolgen soll. In dieser Hebesatzsatzung ist bisher keine Erhöhung vorgeschlagen, allerdings sei man gerade dabei, die Konsolidierungserfüllungen aus den Beratungen zusammenzutragen. Ob am Ende von der Verwaltung ein darüber hinaus gehender Vorschlag eingebracht wird, soll in den nächs-

ten Tagen geprüft werden. Im Moment ist es nicht Bestandteil des Konsolidierungskonzeptes.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, informierte zunächst darüber, dass nach Berechnung der Fraktion die Planfeststellung in zwei Verfahren für die Oststrandstraße etwa 85 T€ teurer als in einem Verfahren ist. Das sind etwa 20 % der Planungskosten, die aus eigenen Mitteln getragen werden.

In den letzten Sitzungen, so Herr Giese-Rehm weiter, wurde ausführlich über die Heideschule gesprochen. Es wurde zugesagt und durch einen Terminablaufplan belegt, dass mit Wirtschaftlichkeitsuntersuchungen und Kostenberechnungen daran gearbeitet werden soll. Nicht bekannt war Herrn Giese-Rehm, dass eine Projektvorstellung Studentenarbeit Heideschule enthalten ist (Termin 5.8.), weshalb er fragte, ob diese stattgefunden hat. Für den Montag dieser Woche war weiterhin die Beschlussfassung in der OB-Dienstberatung vorgesehen. Auch hier bat er um Auskunft über die Realisierung.

Wie es zugesagt wurde, arbeite die Verwaltung intensiv daran, entgegnete **Herr Beigeordneter Hantusch**. Die Dezernate V und VI haben sich gemeinsam abgestimmt. Vom Dezernat V wurden Teile der Sozialraumplanung an das Dezernat VI gegeben, welche in eine Gebäudeplanung umgesetzt wurden. Diese wurden am 27.09. wiederum dem Dezernat V übergeben. Wir werden dann nach Abstimmung eine Beschlussvorlage erarbeiten und in Kürze einbringen.

Die zweite Frage betreffend, führte Herr Hantusch aus, es wurde gemeinsam mit der Hochschule Anhalt ein Projekt gemacht, wo es um Planspiele ging. Dies habe stattgefunden und die Arbeiten sind abgeschlossen.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, ergänzte zur Frage Verfahrensweise bei der gemeinsamen Beschlussvorlage Fraktion Pro Dessau und Die Linke zum Umgang mit Personal, man habe in einem Gespräch mit der Verwaltung Übereinkunft erzielen können, dass die Vorgehensweise einer korrekten Überprüfung jeglicher künftiger Einstellungen von außen über den Haupt- und Personalausschuss begleitend erfolgt. Es wurde Einvernehmen hergestellt, dass die Qualifizierungen und Weiterbildungen mit einer Struktur innerhalb der Verwaltung zukunftssträchtig einhergehen werden, die die Befähigung interner Mitarbeiter der Verwaltung für zukünftige neue Aufgaben sichern soll. Dazu wird ein Konzept erarbeitet, welches aber auch schon seitens der Verwaltung vorgesehen war. Des Weiteren wird die Koordinierung der Einstellungen im gegenseitigen vertrauensvollen Einvernehmen über den Haupt- und Personalausschuss erfolgen. Strittig war bisher lediglich die Terminstellung und eine erste Beschlussvorlage in gemeinsamer Erarbeitung von Verwaltung und Fraktionen wird es in den nächsten Tagen geben.

Zur Hagenbreite informierte Herr Schönemann, dass sich die Bürger an ihn als Vorsitzenden des Bauausschusses gewandt haben. In Abstimmung mit dem verantwortlichen Dezernenten, Herrn Hantusch, werden wir uns im nächsten Bauausschuss im Zuge der Prioritätenliste konkret zur Hagenbreite äußern. Ziel ist, das Problem vor Ort mit den Bürgern zu erörtern. Herr Schönemann könne hier keine Zusage machen, doch das Problem der Hagenbreite wurde erkannt und muss gelöst werden. Vordringlich ist natürlich das Problem Beseitigung des Oberflächenwassers.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau, sprach den Kristallpalast an, den er als Stadtrat und Mitglied des Fördervereins unterstütze. Letzterer habe sich in den vergangenen Wochen mit einer Unterschriftenliste an die Bürger gewandt, um deren Votum abzufragen. Die vorläufigen Ergebnisse dieser Listen übergebe er heute dem Oberbürgermeister.

Die Ostrandstraße, oder Nordumgehung habe in diesem Hause mehrfach die deutliche Mehrheit dieses Stadtrates bekommen, stellte **Herr Otto, Fraktion Pro Dessau**, fest. Um so verwunderlicher sei es, dass die Stadt bei der Sicherung der Grundstücke, die für den Bau erforderlich sind, offensichtlich die Zeit verschlafen hat. Im Bauausschuss ist gesagt worden, dass ein Kaufangebot der Eigentümer der Wäscherei von der Stadt durch den Oberbürgermeister 2008 abgelehnt worden ist und es dann versäumt wurde, die Dinge weiter zu verhandeln, um in den Besitz des Grundstücks zu kommen. Herr Otto frage nun, wie so etwas passieren konnte. Diese Frage stelle er insbesondere vor dem Hintergrund eines Artikels in der MZ am 8. 5. und eines öffentlichen Auftritts des Oberbürgermeisters davor im Bauhaus. Hier hatte der OB zu dem neuen Eigentümer vom „Rieckchen“ erklärt, er könne dort ruhig investieren, die Nordumgehung könnte sich von selbst erledigen.

Er habe dies bei der Podiumsdiskussion nicht so gesagt, erwiderte **Herr OB Koschig**. Die dabei waren, können dies sicher bestätigen. Die Stadt habe von einem Immobilienverwalter ein Angebot bekommen, wozu er im nicht öffentlichen Teil bereit sei, dies ausführlicher vorzutragen. Nach Zuarbeit aus dem Fachdezernat habe man sehr intensiv in der OB-Dienstbesprechung über die Reaktion diskutiert und der Immobilienmakler habe auch eine entsprechende Antwort bekommen. Es wird immer noch an einer Vorzugsvariante gearbeitet und es gibt noch wichtige Abstimmungen mit ICOMOS, mit der Unesco. Die Linie steht noch nicht endgültig fest und es gibt grundsätzlich weiterhin Interesse an einem Kauf des Grundstücks. Dieses grundsätzliche Interesse ist mehrfach gegenüber dem Immobilienmakler definiert worden. Voraussetzung ist jedoch unbedingt, dass es eine verbindliche Festsetzung der künftigen Linienführung der Straße erfolgt. Diese erfolgt einerseits mit dem Abschluss der erforderlichen Abstimmungen mit den Denkmalschutzbehörden sowie der Durchführung eines rechtskräftigen Planfeststellungsverfahrens. Dieser Vorbereitungsstand für die Straßenbaumaßnahme konnte bisher nicht erreicht werden. Weiterhin ist festzustellen, dass durch die in der Vergangenheit liegende Nutzung des Grundstücks eine hochgradige Lösungsmittelverschmutzung des Untergrunds entstanden ist. Die Kosten der notwendigen Sanierung der Boden- und Grundwasserkontamination belaufen sich nach gegenwärtiger Schätzung auf ca. 700 T€, weshalb das Schreiben des OB vom 28. April 2008 damit schloss, dass „festzustellen ist, dass verbunden mit der Altlastenproblematik der Stadt Dessau-Roßlau schon jetzt Belastungen für die Überwachung des Grundstücks und des Grundwasserleiters entstehen. Unter Voraussetzung der Eigentümerpflicht zur Altlastensanierung biete ich Ihnen an, dass unter Anrechnung der Sanierungskosten eine Übernahme des o. g. Grundstücks in das Vermögen der Stadt Dessau-Roßlau erfolgen kann. Ich bitte um Rückantwort.“ Diese habe Herr Koschig nicht bekommen. Der Immobilienmakler hat sich anderweitig entschieden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, die Bemerkung im Bauhaus habe er so wahrgenommen, wie sie Herr Otto geschildert hat. Diese habe für allgemeine Verwunderung gesorgt, da es ja einen Mehrheitsbeschluss im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes dieser Stadt gibt. Die Rückkopplung zwischen dem, was der Rat

mehrheitlich konzipiert hat, zu dem, was sich an möglichen Veränderungen abzeichnet im Zuge einer neuen Haushaltslage, verlange er aus Sicht des Verantwortlichen in dieser Stadt in den entsprechenden Ausschüssen. Nach wie vor sage er, eine Alternative zur geplanten Ostrandstraße und zur Brücke ist nur im Einvernehmen einer neuen demokratischen Mehrheit möglich. Dies ist ein schwerer Weg, aber er muss gegangen werden. Alles andere trägt eigenartige demokratische Züge.

In einer solchen Situation könne man nicht darauf warten, dass der andere wieder reagiert, sondern muss an den Dingen dran bleiben, betonte **Herr Otto** an den Oberbürgermeister gerichtet. Nochmals auf die Äußerungen zurückkommend, wies er darauf hin, wie Herr Schönemann bestätigt hat, saß Herr Koschig zur Diskussion über die Blut- und Tränenliste mit Herrn Prof. Schmidt im Podium und als aus dem Publikum die Frage kam, warum wir nicht das Geld von der Ostrandstraße nehmen, um das Theater zu sanieren (was natürlich nicht geht), kam nicht diese, sondern kam fast wörtlich die Erklärung von Herrn Koschig, „bei den verringerten Finanzzuweisungen wird sich manches von selbst erledigen, ha, ha, ha“. Zu dem, was in der Zeitung stand, hätte Herr OB Koschig die Gelegenheit gehabt und es hätte die Notwendigkeit bestanden, es richtig zu stellen.

8. Bericht des Seniorenbeauftragten der Stadt Dessau-Roßlau

Der Bericht des ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten, Herrn Scholz, lag den Mitgliedern des Stadtrates in Schriftform vor.

Der Vorsitzende des Stadtrates lobte die Berichterstattung von Herrn Scholz als prägnant, informativ und übersichtlich.

9. Beschlussfassungen

9.1. Niederlegung des Stadtratsmandates durch Herrn Jörn von der Heydt Vorlage: DR/BV/345/2010/V-StR

Der Stadtrat stellte die Niederlegung des Mandates durch Herrn Jörn von der Heydt fest.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

9.2. Rücktritt und Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes sowie eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses Vorlage: DR/BV/241/2010/V-StR

Der Beschlussvorschlag zur Änderung der Besetzung im Jugendhilfeausschuss wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

9.3. Wahl des Jagdbeirates **Vorlage: DR/BV/281/2010/II-32**

Auf Vorschlag des Stadtratsvorsitzenden Dr. Exner wurde eine offene Wahl durchgeführt.

Dem bisherigen Kreisjägermeister, Herrn Pfister, sprach Herr Oberbürgermeister Koschig im Namen des Stadtrates und der Stadt Dessau-Roßlau seinen Dank für die langjährige Tätigkeit aus.

Herr Oberbürgermeister Koschig legte weiterhin dar, unser Gemeinschaftsleben steht und fällt mit dem ehrenamtlichen Engagement. Herr Pfister leistete mit seinem Amt einen wichtigen Beitrag zum Funktionieren unseres Sozialgefüges. Dieser freiwillige ehrenamtliche Einsatz ist oft nicht selbstverständlich, aber erforderlich, um unsere Gesellschaft lebens- und liebenswerter zu gestalten. Vom Stadtrat Dessau wurde er im Jahr 1994 erstmalig in dieses Amt gewählt und hat diese Funktion mit sehr großem persönlichen Engagement ausgefüllt. Er sorgte dafür, dass die allgemein anerkannten Grundsätze deutscher Waldgerechtigkeit und die für die Durchführung der Hege beachtet wurden. Er hatte dabei immer den angepassten artenreichen und gesunden Wildbestand unter der Erhaltung der landschaftlichen und landeskulturellen Verhältnisse im Fokus. Mit fachlicher Kompetenz unterstützte er die untere Jagdbehörde vorbildlich in allen Angelegenheiten. Dabei war die Durchführung von regelmäßigen Sprechstunden bei der unteren Jagdbehörde nur ein kleiner Aufgabenbereich. Hier war er Ansprechpartner, wenn es um die Verhinderung von Wildschäden an privaten Grundstücken ging. Die Organisation von Drückjagden seit 2007, um gemeinsam mit der unteren Jagdbehörde, dem Landesforst- und Bundesforstbetrieb, den Jagdwächtern der Jagdgenossenschaften, der Umweltstiftung WWF und den Begehungsscheininhabern des stadt eigenen Jagdgebietes die hohe Population des Schwarzwildes in unserer Stadt zu reduzieren, lag ebenso in seinem Aufgabenbereich und ist hervorragend gemeistert worden. Dafür gebühre ihm Dank.

Dem neu gewählte Kreisjägermeister, Herrn Mitsching, sowie Herrn Tewordt, als neuem Mitglied im Jagdbeirat wurden Glückwünsche für die Ausübung ihrer neuen Tätigkeit ausgesprochen.

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

9.4. Berufung von Sachkundigen Einwohnern in beratende Ausschüsse des Stadtrates **Vorlage: DR/BV/204/2010/V**

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, merkte an, die Fraktion habe auf eine Benennung verzichtet und Mandate aufgrund der Regel laut Hauptsatzung freigegeben. Er mahnte an, dass man Bedenken im Zusammenhang mit der Anwendung des Hare-Niemayer-Verfahrens habe, was den Wahlproporz und das Wahlergebnis aus dem Jahr 2007 betrifft. Das sei am Ende keine Frage von Stimmenproblematik, sondern des Bei-

rates, weshalb man darüber nachdenken sollte, wie man zukünftig damit umgeht, ob das der richtige Weg ist.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, wünschte den anwesenden sachkundigen Einwohnern Frau Keller, Frau Schwierz, Herrn Pinkert und Herrn Fritzsche viel Erfolg.

Der Berufung der Sachkundigen Einwohner erfolgte mehrheitlich.

Abstimmungsergebnis: 30:00:08

9.5. Bestellung der Ausländerbeauftragten - Frau Theresa Karnatz Vorlage: DR/BV/337/2010/I-OB

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, gab zur Kenntnis, dass von Herrn Schwierz eine schriftliche Stellungnahme dahingehend vorliegt, dass er seine Bewerbung zurückgezogen hat. Weiterhin habe ihn Herr Steckel darüber informiert, dass auch er seine Bewerbung zurückgezogen hat. Damit stehe nur noch Frau Karnatz als Bewerberin zur Verfügung.

Man habe den Prozess inhaltlich begleitet, legte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**, dar. Es sei wichtig, dass es einen Ausländerbeauftragten in der Stadt gibt, vielleicht zukünftig sogar mit einem Integrationsbeirat. Die jetzige Situation sei schwierig und man sei gut beraten, die Bestellung eines Ausländerbeauftragten für die Stadt neu auszusprechen, was er als Antrag stelle.

Es wurde ein entsprechendes Verfahren durchlaufen, erwiderte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates**. Er wüsste nicht, warum man das jetzt wieder aufgreifen sollte.

Der Stadtratsvorsitzende begrüßte Frau Karnatz und informierte sie darüber, dass die beiden Mitbewerber ihre Kandidatur zurückgezogen haben.

In ihrer Vorstellung legte **Frau Karnatz** dar, 29 Jahre alt und in Litauen geboren zu sein. Seit 8 Jahren lebt sie in Deutschland. Seit ca. vier Jahren wohnt sie in Dessau-Roßlau, OT Rodleben. Von der Nationalität her ist sie Polin und dreisprachig aufgewachsen. Nach dem Abitur in Litauen hat sie in Polen Lehramt für deutsche Fremdsprache studiert. Anschließend erfolgte ein Praktikum in einem Übersetzungsbüro. Sie hat dann in Erfurt Sprach- und Rechtswissenschaften studiert. In Erfurt ist sie auch mit dem Ausländertum in Berührung gekommen. Ihr Chef war gebürtiger Pole und sehr engagiert Ausländer zu unterstützen und ihnen geholfen. Als seine Assistentin war sie immer dabei und hat gesehen, wie man das macht und welche Bedeutung das für die Menschen hat, die Unterstützung brauchen. Sie studiert jetzt zusätzlich BWL in Wismar und ist freiberuflich tätig als Dolmetscherin, Übersetzerin und Dozentin für die Fremdsprachen Polnisch, Litauisch und Russisch.

Frau Theresa Karnatz wurde als Ausländerbeauftragte der Stadt gewählt.

Abstimmungsergebnis: 20:00:09

9.6. Jahresabschluss des Anhaltischen Theater Dessau zum 31. Dezember 2009

Vorlage: DR/BV/252/2010/I-ATD

Frau Stöbe, Fraktion Die Linke, sprach der Leitung des Anhaltischen Theaters für die 1. Spielzeit unter dem neuen Intendanten, Herrn Bücker, den Dank aus für Mut, Kreativität, Engagement und die hohe Qualität des teilweise sehr jungen Ensembles. Sie wünschte der Leitung des Theaters für die nächste Spielzeit gleich gute Ideen, auch bezüglich der Haushaltssituation, aber auch Ideen und Kreativität mit Augenmaß für alle Dinge, die das Theater betreffen. Sie stellte bezüglich des vorliegenden Jahresabschlusses an die Theaterleitung die Frage, welche Schlussfolgerungen wurden bzw. werden bereits eingeleitet, um für das laufende Wirtschaftsjahr 2010 entweder bestimmten Dingen entgegenzusteuern, korrigierend einzugreifen. Gibt es bereits konkrete, zu benennende Dinge, die das betreffen. Zeichnen sich weitere Defizite ab und sind diese auch von der Leitung des Theaters zu beeinflussen.

Herr Landgraf, Verwaltungsdirektor des Anhaltischen Theaters, erwiderte, alle wissen, dass das Ergebnis in keiner Weise zufriedenstellend ist, woraus sich folgende Schlussfolgerungen ergeben. So seien die ausgewiesenen einmaligen Belastungen im Personalbereich in Höhe von 312 €, die im vergangenen Jahr ausgewiesen sind, werde es dieses Jahr nicht geben. Das hängt mit den in der Vorlage dargestellten objektiven Gründen zusammen. Man hatte u. a. Ortszuschlagsnachzahlungen zu tätigen, die im Rahmen der Verhandlungen der Orchestermusiker zustande gekommen sind. Man hatte Kompromisse aus den letzten Haustarifverhandlungen mit denen es überhaupt nur möglich war, Haustarife abzuschließen und man hatte einmalige Aufwendungen im Rahmen von Abfindungen. Dieser Posten werde in diesem Jahr nicht auftreten. Des Weiteren werde es im Bereich der Abschreibungen positive Entwicklungen geben. Hier wird die Laufzeit der Inszenierungen nicht weiter verkürzt, denn die Verkürzung hatte Folgen im Abschreibungsbereich. Der positivste Schub sei, dass man in diesem Jahr die vorher schon bekannte Erhöhung der Landeszuwendungen von 300 T€ habe, d. h. damit verändert sich die gesamte Ertragssituation für das Haus. Man sei insgesamt bei der Größenordnung, die das Defizit im vergangenen Jahr ausgemacht hat. Darüber hinaus ist man an weitergehenden Maßnahmen am Ball. Man sei mit einem Verzicht von über 10% in einem Bereich der sehr belastet. Er habe die Vorgespräche mit den Gewerkschaften geführt und man werde morgen eine Sondierungsrunde mit allen Gewerkschaften durchführen. Es sind Grenzbereiche, in denen sich nicht mehr viel machen lässt. Ein Verzicht von 10%, der in gleicher Weise ein Verzicht auf über 10% Arbeitszeit bedeutet, d.h. Arbeitsvermögen, was eingeschränkt ist und auch mit einem Arbeitsbestand, der sich nicht in üppigen Bereichen bewegt. Man wolle weiter um die Dinge ringen, was die Publikumsresonanz und die Einnahmeentwicklung aus eigenen Erlösen betrifft, gab es die Bemühungen des Spielplanes, die laufende Spielzeit auch zugängliche Ebenen zu finden. Er verwies auf das Seniorenkonzert, ein erstmaliges Operettenkonzert, verschiedene Aktivitäten zur Pflege des Erbes von Richard Wagner und man strenge sich mit dem laufenden Spielplan an, so die nächsten Aufführungen der Fledermaus als Operette, Dr. Mabuse und im Ballett „Der widerspenstigen Zähmung.“ Darüber hinaus die vielseitigen Dinge zur Ausstrahlung. Man bemühe sich die Gastspieltätigkeit zu verstärken. Das ist schwierig, weil auch die Gastspielorte unter finanziellen Problemen leiden. Man werde noch in diesem Monat nach Dänemark fah-

ren zu einem Gastspiel und hoffe, dass sich hier noch weitere Dinge entwickeln lassen. Beibehalten werden konnten die Gastspiele in der Schweiz und in unserem Land selbst. Das sind die konkreten Bemühungen. Im Personalbereich gibt es strikte Eingrenzungen, die schwierig zu verkraften sind, die aber getroffen wurden, damit keine Entwicklungen gegenläufiger Natur auftreten.

Zur Frage, was beeinflussbar ist, habe man ein voraussichtliches Ist als Zielstellung was in diesem Jahr eine Ausgeglichenheit gewährleisten soll. Es stelle sich aber immer die Frage, wie die Menschen das Theater besuchen. Die Monate November und Dezember sind die einnahmeintensivsten Monate. Man hoffe darauf, dass sie, wie jedes Jahr, die Wirkung entfalten, aber Garantien gibt es in dem Bereich nicht so, wie man es sich wünscht. Man versuche auch vielfältige Werbeveranstaltungen durchzuführen, womit man hoffe, das Publikum zu mobilisieren. Das Ringen um die Besucher ist eine Aufgabe, der man sich widmet. Zielstellung ist, dass man dieses Jahr ausgeglichen abschließt und die Ansätze zu finden, um die Weiterführung der Arbeit in den jetzigen Möglichkeiten zu finden und zu ermöglichen.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

9.7. Entlastung der Leitung des Anhaltischen Theaters Dessau
Vorlage: DR/BV/253/2010/I-OB

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

9.8. Entlastung des Oberbürgermeisters der Stadt Dessau-Roßlau für das Haushaltsjahr 2008
Vorlage: DR/BV/087/2010/I-14

Herr Oberbürgermeister Koschig nahm aufgrund von Befangenheit nicht an der Behandlung des Tagesordnungspunktes teil.

Frau Storz, SPD-Fraktion und 2. stellv. Vorsitzende des Stadtrates, legte dar, man habe sich vielleicht gewundert, dass wir im Jahr 2010 über den Jahresabschluss der Stadt Dessau-Roßlau 2008 rede. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat Schlussbericht über die Prüfung im Mai erhalten. Sie zitierte aus der Seite 83: „Die Jahresrechnung 2008 sowie der Rechenschaftsbericht wurde nicht entsprechend der gesetzlich festgelegten Fristen vorgelegt. Die Darstellung der Ergebnisse der Jahresrechnung wurde durch das Rechnungsprüfungsamt beanstandet, so dass die Jahresrechnung mit ihren Anlagen in Teilen überarbeitet werden musste. Die Auswertung bestimmter Anlagen erfolgte durch Gegenüberstellung der einzelnen Unterkonten zum Haushaltsansatz ohne die Gesamtheit der Haushaltsstelle zu betrachten. Das führte zu falschen Darstellungen einzelner Übersichten. Es war eine erhebliche manuelle Arbeit erforderlich, um die Übersichten“ und dann kommt die Liste neu zu erstellen. An so einem Punkt sei man nicht begeistert und man werde wach. Es tue nicht gut, im Vertrauensverhältnis.

Man habe die einzelnen Dinge geprüft. Der Oberbürgermeister hatte eine Stellungnahme abgegeben, die im Ausschuss nicht zufrieden gestellt hat. Es gab erhebliche Debatten zu einigen Sachfragen. Im Ergebnis zog die Finanzdezernentin die jetzt begehrte Entlastung des Oberbürgermeisters in der Ausschusssitzung zurück. Sodann wurde ein neuer Bericht des Oberbürgermeisters als Stellungnahme zur Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes an den Ausschuss gegeben, was eine erneute Sondersitzung fällig machte. Was besonders bewegt, finde man in dem Bericht auf der Seite 24. Es geht um Kasseneinnahmereste. Das sind die von der Verwaltung beim Bürger, Institutionen und Betrieben gestellten Rechnungen, also Gebühren, Steuern u. Ä. und ihre Eintreibungen. Sie zitierte aus dem Bericht, Seite 24: „Zusammenfassend muss eingeschätzt werden, dass die Kasseneinnahmereste weiterhin sehr hoch sind. Die tatsächlichen Gesamtforderungen der Stadt im Haushaltsjahr 2008 gegen Dritte, also ohne Berücksichtigung der globalen Niederschlagung und pauschalen Restebereinigung belaufen sich auf 12.069.744,54 €. Das ist eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr von 4,3%. Der Anteil Außenstände, die älter als ein Jahr sind betrug 7.029.864,68 €. Wie berichtet, sind davon 2.620,814,13 real vereinnahmt worden. Entsprechend den Angaben im Bericht der Verwaltung 2008 hat die Vollstreckung dabei einen Einnahmeanteil von 893.418,08 € aufzuweisen. Dieser Fakt, als auch die Analyse des Rechnungsprüfungsamtes in den vergangenen Jahren, einschließlich des in 2008 stattgefundenen verwaltungsinternen Auswertungsgespräches zum Prüfbericht über das Forderungsmanagement nach wie vor Reserven in der Forderungsbearbeitung und –vollziehung bestehen. Insofern ist z. B. nicht nachvollziehbar, weshalb“ dann kommt eine Liste mit 4 Punkten.

Diese Zahlen sprechen für sich. Natürlich könne die Verwaltung im Falle einer Insolvenz die Forderungen nicht beibringen, weil das juristisch untersagt ist. Aber es sind eine Reihe von Millionen, die nicht beigebracht worden sind. Der Ausschuss habe daraufhin gebeten, die einzelnen Organisationseinheiten, 3 Stellen müssen hier zusammenarbeiten, doch strukturell zusammenzuführen, weil gerade das als Ursache für die hohen Außenstände angesehen wurde. Es wurde daraufhin eine Vorlage erarbeitet, genau entsprechend unserer Wünsche, wie die drei wichtigen Stellen in der Stadtverwaltung organisatorisch zusammengefügt werden sollen, um ein effektives Beitreiben der nicht bezahlten Einnahmen an die Stadt zu gewährleisten. Man hatte eine Terminleiste gefordert, bis wann die Stadt diese Voraussetzung geschaffen haben soll. Man erhielt eine Terminleiste, deren Endpunkt 2013 hieß. Daraufhin wurde einstimmig im Ausschuss beschlossen, eine neue Terminleiste vorzugeben. Sicher gibt es schlechte Zahlungsmoral, auch in diesen schweren Zeiten haben Bürger nicht immer das Geld, die Grundsteuern, die jetzt wieder steigen sollen, oder auch andere, Kindergartenbeiträge, die nicht bezahlt werden. Es ist in der Größenordnung nicht zu verstehen. Deshalb müsse man in diesem Zusammenhang auch einmal andere Zahlen hören. Wir sitzen wochenlang um Ausgaben zu reduzieren im Haushalt um 5,7 Mio. € und hier sind solche Millionenbeträge Außenstände. Da werde von der Verwaltung gefordert, den Hochwasserausschuss aufzulösen, um ganze 300 € im Jahr Kosten zu sparen, da sollen Feuerwehren fusioniert werden, um 1.800 € im Jahr zu sparen, es sollen aus 25 Ortschaften 8 werden, um 18.900 € zu sparen. Diese Verhältnismäßigkeit zwischen den Dingen, die dem Bürger wirklich weh tun und wenige Euro wert sind aufzugeben und das beschließen zu müssen, während so große Summen an Einnahmen nicht ordentlich beigebracht werden, veranlasse sie, der Entlastung des Oberbürgermeisters nicht zuzustimmen.

Er hoffe, Frau Storz hat in ihrem Namen gesprochen und nicht im Namen des Ausschusses und auch nicht im Namen der SPD-Fraktion, wie er sich rückversichert habe,

bemerkte **Herr Rumpf, CDU-Fraktion**. Was Frau Storz angesprochen hat, wurde im Ausschuss ausführlich diskutiert. Den anderen Ausschussmitgliedern war auch die Erklärung der Verwaltung plausibel, so dass der Entlastung zugestimmt werden konnte. Er verstehe nicht, dass Frau Storz die Grundsatzdiskussion aufmachen will, wenn diese in die Ausschüsse gehört.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, fragte Frau Storz für wen sie gesprochen hat. Erwidern erklärte Frau Storz, sie habe von ihren Beobachtungen und von diesem Bericht gesprochen. Sie habe berichtet, wie man im Ausschuss mit diesem Bericht umgegangen ist, in der Reihenfolge der Anträge und der Besprechungen. Sie verwies noch einmal darauf, dass die Verhältnismäßigkeit der Dinge nicht gegeben ist.

Zur Arbeit des Rechnungsprüfungsausschusses richtigstellend, erklärte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau**, es solle nicht der Eindruck entstehen, dass der Rechnungsprüfungsausschuss sich mehrheitlich gegen die Entlastung befunden hat. Es war tatsächlich so, dass die Stellungnahme des Oberbürgermeisters zum Bericht des Rechnungsprüfungsamtes in der ersten Ausschusssitzung ausgewiesen hat, insbesondere in dem von Frau Storz angesprochenen Klärungsbereich. Dort habe sich abgezeichnet, dass es im Ausschuss keine Mehrheit für die Entlastung geben würde, weil man genau die Defizite aufgeklärt haben wollte. Das war der Stand vom 23. Juni 2010. Daraufhin wurde die Vorlage zurückgezogen und man habe dann ein überarbeitetes Papier erhalten, in dem alle Punkte, die als Kritiken angesprochen wurden, berücksichtigt waren. Zu den angesprochenen Haushaltseinnahmeresten führte Herr Bönecke aus, Frau Storz sei auch Mitglied im Finanzausschuss und wisse, in welchen Größenordnungen man sich dort mit Niederschlagungen von Steuerforderungen zu befassen habe. Dass das genau die Größenordnungen sind, die durch Insolvenzen und andere Schicksalsschläge die Unternehmer oder andere Bürger der Stadt erlitten haben, bestehen und diese machen den weitaus größten Teil aus, was man, wenn man von Verhältnismäßigkeit spreche, sagen müsse. Die anderen Teile sind ärgerlich, hier müsse das Forderungsmanagement ansetzen, was eine wiederholte Forderung aus dem Rechnungsprüfungsausschuss war. Er denke, das ist auf dem Weg.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, bemerkte, er könne die Aussagen von Frau Storz nachvollziehen. Aus seiner Sicht und der der Fraktion gibt es keinerlei Gründe einer Entlastung entgegen zu stimmen.

Auf Bitten von **Herrn Trocha, CDU-Fraktion**, das Abstimmungsergebnis des Rechnungsprüfungsausschusses bekannt zu geben, legte Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, das Ergebnis von 7:1:0 dar.

Herr Gebhardt, SPD-Fraktion, führte aus, die Fraktion habe sich in der letzten Fraktionssitzung mit dem Bericht von Frau Storz beschäftigt. Sie hatte ausdrücklich betont, dass es ihre persönliche Meinung ist. Die Fraktion werde nach bestem Wissen und Gewissen abstimmen.

Sie stehe nicht als Stadträtin oder SPD-Mitglied, sondern als **Angela Müller** als Bürgerin hier. Sie legte dar, die Einnahmen, die nicht gekommen sind, betreffen vielleicht Bürger, die aus irgendwelchen Gründen nicht oder nur einen Teil zahlen konnten. Diese Bürger sind die Wähler, die uns gewählt haben. Daran sollte man denken und auch,

dass jeder durch ein menschliches Schicksal getroffen werden und man nicht gleich bezahlen kann. Für diese Bürger spreche sie.

Frau Storz erklärte, man hatte im Rechnungsprüfungsausschuss auch verlangt, die Zahlen für das Jahr 2009 zu erhalten. Man erhielt eine Liste, eine Analyse der Kosteneinnahmereste nur im Verwaltungshaushalt nach Personenkonten, um festzustellen, was sind Insolvenzen, was ist davon betroffen. Die Insolvenzzahl lag bei 6,1 Mio. Im Jahr 2008 waren diese Summen von 45.000,02 Buchungen betroffen, die offen sind, sind für sie keine Kleinigkeit.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 34:01:02

9.9. Teilaufhebung Beschluss zur Haushaltskonsolidierung - Beitrag des Eigenbetriebes Stadtpflege
Vorlage: DR/BV/291/2010/II

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

9.10. Entlastung des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Dessau für das Geschäftsjahr 2009
Vorlage: DR/BV/249/2010/II-20

Als Mitglieder des Verwaltungsrates der Stadtparkasse erklärten sich Herr Dr. Exner, Herr Oberbürgermeister Koschig, Herr Hoffmann, Frau Müller und Herr Schröter befanden und nahmen an der Verhandlung des Tagesordnungspunktes nicht teil.

Frau Storz, 2. Stellvertreterin des Stadtratsvorsitzenden, übernahm die Leitung der Sitzung.

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 31:00:01

9.11. Bestellung eines Vertreters der Beschäftigten und Stellvertreter für den Betriebsausschuss des Eigenbetriebes Stadtpflege Dessau
Vorlage: DR/BV/235/2010/II-30

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

9.12. Entsendung eines Mitgliedes in den Verwaltungsrat der WBD Indust-

riepark Dessau GmbH
Vorlage: DR/BV/349/2010/II-30

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

9.13. Aufhebung Stadtratsbeschluss vom 12.05.2010 DR/BV/063/2010/Linke
Vorlage: DR/BV/300/2010/II-30

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke, erläuterte, wenn man sich mit der Unterlage beschäftigt, gibt es einen wesentlichen Hinweis, der auf die Bauordnung des Landes Sachsen-Anhalt verweist. So stehe im § 48 ??? so kann die Gemeinde verlangen, d. h. es ist kein muss. Eine Rechtssprechung könne sich nicht widersprechen. In der Gemeindehaushaltsverordnung des Landes Sachsen-Anhalt, § 30, auch im 3. Punkt steht. „Ansprüche dürfen zum Teil oder ganz erlassen werden, wenn ihre Einziehung nach Lage des einzelnen Falles für den Schuldner ein besondere Härte bedeuten“ und einiges andere mehr. Er wolle damit sagen, die Entscheidungshoheit liegt beim Stadtrat. Man müsse sich nicht korrigieren und die Fraktion Die Linke werde sich nicht korrigieren.

Die Vorlage wurde abgelehnt.

Abstimmungsergebnis: 11:15:09

9.14. Prüfauftrag zur Haushaltskonsolidierung - Vorschlag Nr. 35000
Erhöhung des Unterrichtsentgeltes in der Volkshochschule
Vorlage: DR/BV/323/2010/V-40

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:01

9.15. Satzungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 196 "An der Kreisstraße"
Vorlage: DR/BV/177/2010/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 37:00:00

9.16. Teilnahme am Städtebauförderprogramm "Aktive Stadt- und Ortsteilzentren"
Vorlage: DR/BV/180/2010/VI-61

Die Vorlage wurde beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 36:01:01

9.17. Satzung über die Verlängerung der Veränderungssperre für den Bebauungsplan Nr. 151 "Revitalisierung Gasviertel", 1. Änderung
Vorlage: DR/BV/250/2010/VI-61

Der Tagesordnungspunkt wurde von der Tagesordnung genommen.

9.18. Bericht zur Arbeit des Quartiersmanagement Soziale Stadt - Dessauer Innenstadt
Vorlage: DR/BV/282/2010/VI-61

Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erklärte, sie habe heute telefonisch beim Büro Quartiersmanagement angefragt und von dort wurde mitgeteilt, dass das Büro in der Heidestraße gekündigt sei. Das bedeutet für die IBA, dass die Stadtteil-AG heimatlos geworden ist. Sie fragte, wie der Stand ist und wie es mit dem Konzept Soziale Stadt weiter gehen soll. Des Weiteren betrachte sie es kritisch, dass eine Aufteilung in die beiden Arbeitsbereiche Dezernat V und VI gemacht werden soll, weil es eigentlich ein integratives Projekt ist und sie Schwierigkeiten in der Umsetzung sieht.

An Herrn Hantusch gewandt, stellte sie die Frage, wieso der Sachstandsbericht erst 9 Monate nach seiner eigentlichen Veröffentlichung auf die Tagesordnung kommt. Weiterhin sei auf der Seite 4 im Bericht angemerkt, dass es Kritik am Quartiermanagement gibt, dass es zu kleinteilig vorgeht und zu wenig wahrgenommen wird. Sie fragte, wer diese Kritik geäußert hat. Weiterhin verwies sie auf Seite 23, wo ein Projekt Veranstaltungskonzept berufliche Bildung junger Menschen beschrieben ist. Hier interessiere sie, was daraus geworden ist, ob es Ideen und Umsetzungen gibt. Auf der Seite 44 ist im Bericht eine Empfehlung zum Fördermittelantrag für das Haushaltsjahr 2010. Was ist damit passiert, wie sollen in Zukunft die politischen Gremien eingebunden werden in die Umsetzungen?

An Herrn Dr. Raschpichler gewandt, verwies sie auf die Seite 24, wo ein Projekt zur Drogenabwendung im Umfeld des Philanthropinum beschrieben ist und fragte, was daraus geworden ist.

Herr Beigeordneter Hantusch sagte eine schriftliche Beantwortung zu.

Wenn das schriftlich beantwortet wird, beantrage er jetzt, dass die Vorlage verschoben wird, bis die Antworten vorliegen und damit klar ist, wie man weiter vorgehen will, bemerkte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Man wolle eine inhaltliche Neuausrichtung beschließen mit der Vorlage, welche heute dann nicht recht begründet ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, legte dar, die Fragen sind legitim, da das Stadtquartiersmanagement nicht außen vor ist. Das Problem sei, man habe das im Ausschuss zwar nur als Information gehabt, aber es gab dort begleitende Bemerkungen. Es wurden Qualifizierungspunkte gesetzt, die einiges von Frau Grabner beantworteten. Der Fachausschuss habe mit 8:0 dafür gestimmt. Er habe das Problem, dass die

Vorbereitung der Vorlage eigentlich in Ordnung und abstimmbar ist, dennoch gibt es eine Reihe von Problemen, die zukünftig gelöst werden müssen, wenn man das Quartiersmanagement weiter ernst nehmen will. Sonst könne man sich das schenken.

Herr Maloszyk, FDP-Fraktion, man könne die Brisanz einer Abstimmung herausnehmen, wenn der Einbringer das als Informationsvorlage deklarieren würde. Dann könne die Bearbeitung der einzelnen Fragen ohne Komplikationen durch die zuständigen Ämter erfolgen.

Frau Jahn, Leiterin des Amtes 61, führte aus, der Stadtrat hatte die Arbeit des Quartiersmanagements bestätigt, weshalb es eine Beschlusslage sein müsse.

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, erinnerte, dass er im letzten Bauausschuss einige Nachfragen zu dieser Problematik gestellt hatte. Am nächsten Tag habe er ein verspätetes Schreiben erhalten, was nicht alle Fragen geklärt hat. Es sei bekannt, dass dieses Jahr keine Baumaßnahme erfolgen kann, aber gleichzeitig Zahlungen an die Stadt erfolgt sind, für die jetzt Zinsen zu zahlen sind. Es ist eben bei einer anderen Vorlage eine Zeitleiste angesprochen worden, welche er wichtig finde. Er wolle klar definiert haben, wann die nächsten baulichen Maßnahmen geplant sind, wie der Mittelabfluss entsprechend gestaltet wird und wann die Finanz- und Terminplanung erfolgen soll, was bis zu nächsten Stadtratssitzung zu meistern wäre. Bezüglich der Anfrage zur Kündigung des Büros müsse eine Information in der Stadtverwaltung vorliegen und könne heute demzufolge auch beantwortet werden.

Zur Schließung des Büros gebe es eine Information, die Frau Jahn geben wird und die anders aussieht als die, die jetzt vorgetragen wurde, bemerkte **Herr Beigeordneter Hantusch**. Es müsse berücksichtigt werden, dass es sich um einen Bericht handelt. Ein Bericht aus der Vergangenheit heraus und Herr Busch spreche die Zukunft an. Das müsse man unterscheiden und man müsse sehen, dass man Fachausschüsse habe. Wenn dieser Bericht im Fachausschuss einstimmig beschlossen wird, sollte das ein Indiz dafür sein, dass dort eine intensive Behandlung stattfand. Man könne auf die Fragen von Frau Grabner eingehen und es gebe zu jeder einzelnen Frage auch eine Antwort gegeben werden. Er bitte aber, den Bericht heute zu beschließen. Alles, was die Zukunft anbelangt, müsse noch intensiv besprochen werden. Die angesprochenen Probleme, wie Schülerfreizeitzentrum usw. werden zeitnah in den Ausschüssen und im Stadtrat besprochen. Es gibt jetzt eine klare Richtung. Das sei dann aber Zukunft und man müsse sich über die investiven Maßnahmen unterhalten. Insofern sei das auch wieder Zukunft und der Bericht ist Vergangenheit. Deshalb könne man über die Vergangenheit nicht mehr allzu viel sagen.

Herr Beigeordneter Dr. Raschpichler ging auf die Fragestellung von Frau Grabner zu den Projekten „Besser Miteinander“ und „Berufliche Bildung“ ein. Er verwies auf die Grundanlage des Projekts „Soziale Stadt“, was eigentlich ein Städtebauprogramm ist. D.h. die begleitenden Projekte haben nie die finanzielle Ausstattung im investiven Bereich. Das Projekt Philanthropinum und das Projekt berufliche Bildung junger Menschen sind die so genannten weichen Begleitprojekte des Gesamtprojektes „Soziale Stadt“, wo man wisse, dass das städtebauliche Investitionsanliegen, wo auch der Fördermittelhauptanteil hin fließt, bei weitem noch nicht erfüllt haben, wie es die Erwartungshaltung ist. Deshalb habe er das Projekt „Miteinander“ am Philanthropinum angeregt. Es habe sich aber im Verlauf der positiven Entwicklung am Philanthropinum und in Anbetracht

der Zielgruppe, die man im Auge hatte, als nicht mehr unbedingt nötig erwiesen. Man müsse auch nicht Projekte entwickeln, die sich anders lösen lassen. Zweitens habe auch die finanzielle Ausstattung gefehlt. Dies treffe auch beim Projekt „Berufliche Bildung“ zu. Man wolle sich jetzt bemühen, dieses Projekt aufzufangen im Projekt „Lernen vor Ort“. Das ist nicht zufriedenstellend und auch die Trennung Baudezernat/Sozialdezernat im praktischen Vollzug können wir nur durch Dialog überwinden. Wie Herr Dr. Raschpichler schon gestern im Jugendhilfeausschuss berichtet hatte, können wir die konkreten Erwartungen an Standortentwicklung im Bereich sozialer Belange einvernehmlich lösen, aber da wird es vor allem eine Frage der Gegenfinanzierung sein. Hier wolle er jedoch nicht vorgreifen.

Es sei leider nicht nur ein Rückblick und ein Bericht, betonte **Frau Grabner**, sondern es ist auch ein Ausblick auf die Zukunft. Hier soll lt. Punkt 2 der Vorlage beschlossen werden, dass die Arbeit des Quartiersmanagements entsprechend Anlage 1 geändert wird. Wenn es aber noch so viele offene Fragen gibt, bitte sie, diesen Punkt zurück zu stellen.

Das Büro müsste bis zum morgigen Tag gekündigt werden, erläuterte **Frau Jahn**, wenn nicht die Aussicht besteht, im nächsten Jahr weiter finanzielle Mittel verwenden zu dürfen. Es ist nicht gekündigt, es gibt Abstimmungen in der Verwaltung.

Zum **Geschäftsordnungsantrag** von Herrn Giese-Rehm zur Vertagung der Vorlage in die nächste Sitzung des Stadtrates erläuterte der Vorsitzende des Stadtrates, dass dies so nicht möglich sei. Es besteht jedoch die Option, die **Vorlage an den Oberbürgermeister zur Überarbeitung zurück zu überweisen**. Der Einreicher könne die Vorlage dann erneut auf die Tagesordnung setzen lassen. Der so geänderte Geschäftsordnungsantrag wurde zur Abstimmung gebracht. Es gab zum Antrag 3 Fürstimmen, 6 Mitglieder des Stadtrates enthielten sich. Damit wurde der **Antrag mehrheitlich abgelehnt**.

Der Beschlussantrag lt. Vorlage wurde mehrheitlich angenommen.

Abstimmungsergebnis: 31:03:04

9.19. Benennung "Platz der Deutschen Einheit" **Vorlage: DR/BV/351/2010/VI-62**

Herr Kolze, CDU-Fraktion, wies auf den 20. Jahrestag der Deutschen Einheit am kommenden Sonntag. Dies habe seine Fraktion zum Anlass genommen, den Antrag zu stellen eine Örtlichkeit in der Stadt Dessau-Roßlau als „Platz der Deutschen Einheit“ zu benennen. An dieser Stelle bedankte er sich, dass der relativ spät gestellte Antrag dennoch durch die Verwaltung für diese Ratssitzung zur Beschlussfassung vorbereitet wurde. Herr Kolze bat um Zustimmung, damit am 3. Oktober an der Friedensglocke die Benennung dieses Platzes erfolgen kann und bedankte sich nochmals bei all denen, die dies unterstützt und ermöglicht haben.

Die **Fraktion Die Linke** hätte diesen Antrag gern unterstützt, merkte **Herr Schöne-mann** an, sie könne es leider nicht. Die Fraktion sei der Meinung, dass dem Platz der Deutschen Einheit der Bedeutung und der Größe dieses historischen Ereignisses nach

ein anderer Platz zuzuweisen wäre. Der vorgeschlagene Ort sei zu klein und Herr Schönemann bat darum, neu nachzudenken, um einen würdigeren Platz in der Stadt zu finden. Im anderen Fall werde man sich heute bei der Abstimmung enthalten.

Sie könne sich nicht vorstellen, dass die Größe des Platzes ausschlaggebend sei, betonte **Frau Müller, SPD-Fraktion**, und erinnerte daran, dass die Friedensglocke aus dem Metall der auf Initiative von Herrn Lothar Ehm vernichteten Waffen gegossen wurde. Dies sei ein Anlass, den Platz so zu benennen wie vorgeschlagen.

Die Benennung in „Platz der Deutschen Einheit“ wurde mehrheitlich beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 28:00:10

9.20. Vorfahrtstraßennetz und Tempo 30-Zonen (Tempo 20-Zonen) sowie verkehrsberuhigte Bereiche
Vorlage: DR/BV/086/2010/VI-66

Die Vorlage wurde einstimmig beschlossen.

Abstimmungsergebnis: 38:00:00

12. Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden, Herrn Dr. Exner, geschlossen.

Dessau-Roßlau, 16.12.10

Dr. Stefan Exner
Vorsitzender Stadtrat

Schriftführer